

Persönliche Vorsorge

Wenn eine Aufnahme in ein Pflegeheim bevorsteht, erhebt sich regelmäßig auch die Frage, ob die persönliche Vorsorge ausreichend geregelt ist. Dabei gibt es leider große Unklarheiten zwischen den unterschiedlichen Vorsorgeformen wie Generalvollmacht, Patientenverfügung, Gesundheitsvollmacht und Betreuungsverfügung.

Im Folgenden wollen wir Ihnen einige grundlegende Informationen über diese Thematik geben und Ihnen einen groben Überblick über Möglichkeiten und Einschränkungen dieser Vorsorgeformen ermöglichen.

Generalvollmacht

Die Generalvollmacht ist eine Möglichkeit, seine persönlichen und finanziellen Angelegenheiten nach eigenem Willen frei zu regeln. In der Generalvollmacht erteilt man einer selbstgewählten Vertrauensperson umfassende Vertretungsvollmacht. Liegt eine solche Vollmacht vor, braucht das Vormundschaftsgericht keinen Betreuer mehr zu bestellen. Zu beachten ist, dass die Ausübung der Vertretungsmacht nicht kontrolliert wird und deshalb unbedingtes Vertrauen zum Bevollmächtigten vorauszusetzen ist.

Vor der Erteilung der Vollmacht lässt man sich am besten beraten, z.B. von der Vorsorgeinitiative, von einem Notar oder Rechtsanwalt, der Betreuungsbehörde oder dem Betreuungsverein. Banken oder Behörden erkennen die Vollmacht meist nur dann an, wenn die Unterschrift von einem Notar bestätigt wurde. Vollmachten zur Verfügung über Grundbesitz müssen generell notariell beurkundet sein. Exemplarisch haben wir ein Muster einer Vollmacht beigelegt, dass Sie bei Bedarf gerne verwenden können.

Gesetzliche Betreuung

Kann ein Mensch auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, was in der Regel besonders für dementiell erkrankte Menschen zutrifft, dann kann er selbst oder eine beliebige andere Person die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung anregen.

In der Regel wird ein Angehöriger oder eine sonstige nahestehende Person als Betreuer eingesetzt, es kann aber auch jede beliebige andere volljährige Person sein. Steht für dieses Amt niemand zur Verfügung kann auch ein ehrenamtlicher Betreuer vom Betreuungsverein oder auch ein hauptberuflicher Betreuer eingesetzt werden. Der Einrichtung einer Betreuung geht regelmäßig die Begutachtung durch einen Sachverständigen, voraus, der die Berechtigung der Betreuungsanregung prüft.

Vorteil der gesetzlichen Betreuung ist, dass der Betreuer regelmäßig Rechenschaft über sein Amt ablegen muss und auch einen Finanzbericht vorzulegen hat. Für den Fall bestimmter Wünsche an die Betreuung kann auch eine Betreuungsverfügung getroffen werden (siehe nächster Punkt).

Betreuungsverfügung

In der Betreuungsverfügung wird der Wunsch für ein künftiges Betreuungsverfahren schriftlich festgehalten und dem Gericht zu gegebener Zeit bekannt gemacht. Sie können für den Betreuungsfall in dieser Verfügung eigene Wünsche äußern. Dies betrifft beispielsweise die Frage, wen Sie als Betreuer vorschlagen oder wen Sie ablehnen, welche Wünsche und Gewohnheiten von Ihrem Betreuer respektiert werden sollen, ob Sie im Pflegefall zu Hause oder in einem Pflegeheim versorgt werden wollen, welches Alten- oder Pflegeheim Sie bevorzugen.

Die Betreuungsverfügung muss vom Betreuer beachtet werden, außer sie würde Ihrem Wohl zuwiderlaufen oder Sie haben einen Wunsch erkennbar aufgegeben oder die Erfüllung eines Wunsches kann dem Betreuer nicht zugemutet werden.

Patientenverfügung

Mit der Patientenverfügung weist der Patient im Falle seiner Einwilligungsunfähigkeit (Entscheidungsunfähigkeit) den Arzt an, bestimmte medizinische Behandlungen nach seinen persönlichen Vorstellungen vorzunehmen oder zu unterlassen. Generell kann empfohlen werden, eine Patientenverfügung durch eine Vorsorge- oder Gesundheitsvollmacht zu ergänzen, damit der Bevollmächtigte Ihrem Willen Geltung verschaffen kann. Eine Patientenverfügung gilt erst, wenn die Einwilligungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist, z.B. wenn der Sterbeprozess bereits eingesetzt hat, eine Grunderkrankung vorliegt, die zum Tode führen wird, bei schweren Gehirnschädigungen wie z.B. Koma oder bei einem fortgeschrittenen Gehirnabbauprozess (Demenz).

Patientenverfügungen sollten ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema erkennen lassen, möglichst konkret formuliert sein, ca. alle zwei Jahre bestätigt werden und evtl. von einer Vertrauensperson unterstützt werden. Auf jeden Fall raten wir vor Abfassung einer Verfügung zu einer Beratung z.B. bei der Vorsorgeinitiative (s.u.).

Gesundheitsvollmacht

Mit einer Gesundheitsvollmacht ermächtigen Sie eine andere Person, sie im Bereich Ihrer Gesundheit zu vertreten. Sie können eine Vollmacht nur erteilen, wenn Sie geschäftsfähig sind, d.h. die Tragweite Ihrer Entscheidungen erkennen können.

Die Vollmacht gilt ab dem Zeitpunkt der Erstellung. Sie können bestimmen, dass die Vollmacht erst wirksam wird, wenn Sie selbst nicht in der Lage sind, Entscheidungen für Ihre Gesundheit zu treffen. Eine Gesundheitsvollmacht sollte eindeutig formuliert sein und auf Ihren in der Patientenverfügung festgelegten Willen hinweisen. Wenn Sie den Bevollmächtigten anweisen, ihre in der Patientenverfügung niedergelegten Wünsche zu befolgen, haben sie eine weitgehende Gewissheit, dass in Ihrem Sinn entschieden wird. Wenn Sie selbst Ihren Willen äußern können, gilt selbstverständlich Ihre Entscheidung.

Informationen und Beratung

Vorsorgeinitiative Tuttlingen, E-Mail: info@vit-tuttlingen.de

Tel: 07461/164689 oder 07461/9264065

Evangelisches
Seniorenpflegeheim

Tel. 07461/9669-0
Fax. 07461-9669-39

Brückenstr. 24
78532 Tuttlingen

info@esh-tut.de
www.esh-tut.de

Evangelischer Verein
für Altenhilfe e.V.

Rubensweg 5
78532 Tuttlingen

Kreissparkasse Tuttlingen
(BLZ 643 500 70) 30 300

Volksbank Donau-Neckar eG
(BLZ 643 901 30) 13 33 003